

# AfD – Partei der »kleinen Leute«? Sicher nicht!

Wogegen die AfD ist, ist bekannt: Geflüchtete, Menschen mit migrantischem Hintergrund, Muslime, gleiche Rechte für Frauen und Homosexuelle, die Erinnerung an die NS-Vergangenheit etc. In den Medien kommt die AfD vor allem mit Parolen wie »Schießbefehl« gegen Geflüchtete, »Entsorgung« von Menschen mit Migrationshintergrund vor – und das will sie auch. Skandal und Tabubruch sind Teil ihrer Strategie. Was will sie aber für die Menschen in diesem Land, für die »kleinen Leute«, von denen bei der AfD gern die Rede ist? Wenig bis nichts. Denn **die AfD ist nach wie vor die Partei der »Besserverdienenden«** und Anwalt der Interessen der reichen Leute.

## Mieten, Pflege, Bildung – keine Probleme für die AfD

In der ARD-Runde der »kleinen Parteien« (4.9.17) zur Bundestagswahl konnte man hören: Mit der Mietpreisbremse kann Frau Weidel nichts anfangen (da war sie mit Lindner von der FDP ganz einig). So steht es auch im Programm der AfD: Die Mietpreisbremse mache »private Investitionen in den Wohnungsbau weniger rentabel«. Deshalb lehnt die AfD sie ab.

## Nicht den Mieterinnen und Mietern gilt das Interesse der AfD. Sie macht Politik für die Gewinne der Investoren.

Ähnlich bei den Themen **Pflege und Bildung**: kein Wort der AfD zum Stichwort »Pflegenotstand«, kein Wort zum notwendigen Personalaufbau in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Auch beim Thema **Bildung Fehlanzeige**: Bildung ist in Deutschland immer noch stark vom Einkommen der Eltern abhängig. Das scheint für die AfD kein Problem zu sein. DIE LINKE fordert, dass Bildung von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei sein muss. Wir wollen eine Gemeinschaftsschule, die gleiche Chancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglicht, und jährlich fast 60 Mrd. Euro in die Bildung investieren. Bei der AfD findet sich nichts dazu. **Die AfD vertritt andere Interessen**: Sie fordert z.B. im Grundsatzprogramm den Schutz der »Steuerdaten deutscher Bürger« und die »Wiederher-

stellung des Bank- und Steuergeheimnisses«. Damit schützt sie die steuerhinterziehenden Millionäre, deren Schweizer Konten in den letzten Jahren aufgeflogen sind.

## Mit der AfD weitere Umverteilung von unten nach oben

Die Wohltaten der AfD: den Staat »verschlanken«, »deregulieren«, »privatisieren«. Einen schlanken Staat können sich viele nicht leisten. Wer auf öffentliche Bildung, Dienstleistungen, Schwimmbäder, Gesundheitsversorgung etc. angewiesen ist, hat bei einem schlanken Staat Pech gehabt. Die AfD will die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer verhindern** und die **Erbschaftsteuer abschaffen**. Sie plant Steuergeschenke in Höhe von 60 bis 70 Milliarden Euro (Absenkung der Umsatzsteuer um sieben Prozent). Auf die Frage, woher das Geld dafür kommen soll, antwortet Frau Weidel im FAZ-Interview vom Mai 2017: »Da würde mir spontan der **Haushalt für Soziales** einfallen.« Das ist doch mal eine deutliche Ansage!

## Arbeiten ohne Ende mit der AfD

Kanzlerin Merkel hat im »Duell« mit Martin Schulz die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 70 ausgeschlossen – obwohl es aus der Union ganz andere Stimmen gibt. Die AfD ist hier näher bei den Wünschen der Wirtschaftslobby: Parteichefin **Petry forderte** in der »Welt« **eine »brutale« Rentenreform** und behauptete, »an einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit führt kein Weg vorbei.« Auch über eine »weitere Kürzung der Rente« müsse man reden. Ziel sei die »Entlastung der Sozialkassen.« Im Klartext: die Entlastung der Arbeitgeber. Die AfD macht kein Geheimnis daraus, dass sie eine **soziale Kahlschlagpolitik** will. Sie versteckt sie nur hinter den schrillen Tönen beim Thema Flüchtlinge. Partei der kleinen Leute? Mit Sicherheit nicht!

## Sozial geht nur mit Links

DIE LINKE hat als einzige Partei ein durchgerechnetes und konkretes Programm für soziale Gerechtigkeit.

Wir stellen den Sozialstaat wieder her. Wir schaffen gute öffentliche Dienstleistungen und sichern das öffentliche Eigentum – für alle. Wir entlasten Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen bei der Steuer und den Sozialbeiträgen.

## Wir wollen

- Eine flächendeckende und wirksame Mietpreisbremse und jährlich 250 000 neue Sozialwohnungen.
- Solidarische Gesundheitsversicherung und 100 000 neue Pflegekräfte.
- Die Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 Prozent und keine Rente unter 1050 Euro.
- Die steuerliche Entlastung aller Einkommen unter 7 100 Euro brutto im Monat.
- Ein Mindestlohn von 12 Euro, damit es nach 45 Jahren für mehr als die Grundsicherung reicht.

Zur Finanzierung dieser Umverteilung von oben nach unten legen wir uns mit den Starken und Mächtigen an und werden u.a.:

- Reichtum durch Vermögen- und Erbschaftsteuer stärker belasten. Das bringt mindestens 85 Mrd Euro in die öffentlichen Kassen.
- Steuerschlupflöcher schließen. Wir unterbinden Steuerhinterziehung und sorgen für einen konsequenten Steuervollzug bei hohen Einkommen und Vermögen. Damit kommen jährlich mindestens 15 Mrd. Euro in die öffentlichen Kassen.
- Öffentlich ist wesentlich: Den Ausverkauf öffentlichen Eigentums durch Privatisierungen stoppen. Damit sichern wir die Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen in diesem Land.

Mehr Informationen unter:  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
[kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**